

A3 Freiheit statt Überwachung – Nein zur Genehmigungspflicht bei Ausreise

Antragsteller*in: Daniel Christmann

Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

- 1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg beschließt:
- 2 Die Freiheit der Lebensgestaltung und die globale Mobilität junger Menschen sind
3 unantastbare Pfeiler einer liberalen Demokratie. Die jüngsten Änderungen am
4 Wehrpflichtgesetz, die eine Genehmigungspflicht für Auslandsaufenthalte von über
5 drei Monaten vorsehen, lehnen wir entschieden ab.
- 6 Wir fordern:
- 7 1. Die sofortige Rücknahme der Genehmigungspflicht: Die Neuregelung im
8 Wehrpflichtgesetz ist ersatzlos zu streichen. Reisefreiheit darf nicht unter den
9 Vorbehalt militärischer Verwaltung gestellt werden.
- 10 2. Den Erhalt der Freiwilligkeit: Jede Form von Dienstpflicht oder Zwang lehnen
11 wir ab. Ein demokratischer Staat muss durch attraktive Rahmenbedingungen
12 überzeugen, statt Lebensentwürfe diktatorisch vorzugeben.
- 13 3. Die Garantie der Ausreisefreiheit: Das Recht, das Land zu verlassen, muss
14 jederzeit – auch im Krisen- oder Verteidigungsfall – bestehen bleiben. Wir
15 lehnen eine staatliche Fixierung von Menschen innerhalb der Landesgrenzen ab.
- 16 4. Schutz vor Diskriminierung: Angesichts der bekannten Probleme mit
17 strukturellem Rassismus und rechtsextremen Tendenzen innerhalb der
18 Sicherheitsbehörden lehnen wir es ab, der Bundeswehrverwaltung
19 Entscheidungsgewalt über die Mobilität von Menschen mit Migrationsgeschichte
20 einzuräumen.
- 21 Begründung:
- 22 Ein Staat beweist seine Verteidigungswürdigkeit durch den Schutz der
23 individuellen Freiheit. Wenn junge Männer (und perspektivisch alle Geschlechter)
24 vor einer Reise um Erlaubnis bitten müssen, erinnert dies an autoritäre
25 Strukturen und stellt die gesamte Generation unter einen Generalverdacht der
26 „Fahnenflucht“. Ein Staat darf die Freiheiten, die er schützen will nicht selber
27 angreifen.
- 28 Besonders besorgniserregend ist die behördliche Willkür: Dass eine Institution
29 wie die Bundeswehr, die mit internen Problemen durch Rechtsextremismus kämpft,

30 über die Lebenswege von Menschen mit Migrationsgeschichte urteilen soll, ist
31 eine Zumutung und birgt die Gefahr massiver diskriminierender Praxis. Wer
32 Freiheit schützen will, darf sie nicht durch bürokratische Fesseln ersticken.

Einfache Sprache

33 ANTRAG: Freiheit beim Reisen schützen – Stoppt die Erlaubnis-Pflicht der
34 Bundeswehr!

35 Die Grüne Jugend Baden-Württemberg fordert:

36 1. Keine Erlaubnis-Pflicht für Reisen:

37 Wer länger als 3 Monate ins Ausland möchte, soll die Bundeswehr NICHT um
38 Erlaubnis fragen müssen. Diese neue Regel muss sofort gelöscht werden.

39 2. Wehrdienst muss freiwillig bleiben:

40 Der Staat darf jungen Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben leben. Wir
41 sind gegen jeden Zwang und gegen eine Dienst-Pflicht.

42 3. Freiheit auch im Ernstfall:

43 Jeder Mensch muss das Recht haben, Deutschland zu verlassen. Auch wenn es einen
44 Krieg gibt, darf niemand zum Kämpfen gezwungen werden.

45 4. Schutz vor Rassismus:

46 Bei der Bundeswehr gibt es Probleme mit Rechtsextremismus. Wir wollen nicht,
47 dass diese Behörde über die Reise-Freiheit von Menschen mit Migrations-
48 Hintergrund entscheidet. Das führt zu Diskriminierung.

49 Begründung:

50 Unser Staat ist deshalb wertvoll, weil er unsere Freiheit schützt. Wenn junge
51 Männer erst fragen müssen, ob sie verreisen dürfen, ist das ein großer Eingriff
52 in ihr Leben. Es fühlt sich an wie eine Überwachung. Besonders für Menschen, die
53 Rassismus erleben, ist diese neue Regel gefährlich. Freiheit bedeutet, dass man
54 selbst entscheiden kann, wo man leben und ob man kämpfen möchte.

Unterstützer*innen

Hosea Ndaula, Daniel Stefan Christmann, Vanessa Herbert, Moritz Halbeisen